Dr. Hans-Jürgen Urban

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

1. Mai: UNSER TAG. Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa.

Rede auf der Kundgebung zum 1. Mai 2013 in Ulm

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich zitiere:

„Es wäre tragisch und geradezu fatal, wenn wir auf dem Weg zur Rettung des Euro ... die Demokratie verlieren. ...

Die Bürger sollen nicht eines Morgens aufwachen und feststellen, dass diejenigen, die sie gewählt haben, nichts mehr zu entscheiden haben."

Mit diesen Worten sorgt sich Andreas Voßkuhle, der Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes, um die deutsche Demokratie.

Seit Jahren hangeln sich die europäischen Entscheider von einer Krisenmaßnahme zur nächsten.

Als Getriebene der Finanzmärkte, nicht als Interessenvertreter ihrer Bevölkerungen.

• Schuldenstaaten zwingt man zu unsinnigen Maßnahmen gegen die eigene Bevölkerung;

• die Regierungen wetteifern um die radikalsten Kürzungen bei Investitionen und Sozialleistungen;

• und Banken und Rating-Agenturen schwingen sich zu Richtern über die Politik auf.

Erst wälzen sie die Kosten ihrer Zockerei auf die staatlichen Haushalte - und dann kündigen sie den Regierungen das Vertrauen auf.

Wegen zu hoher Staatschulden und unzureichender Sparanstrengungen.

Kolleginnen und Kollegen,

das kann, das darf so nicht weiter gehen.

Es wird höchste Zeit, dass die Menschen in Europa sich gegen die Ausplünderung ihres Gemeinwesens wehren.

Auch in Deutschland!

Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland steht:

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus."

Da steht nicht: „Alle Macht geht von den Märkten aus."

Wer diese Norm willentlich missachtet, der verletzt den Geist der Verfassung und seine demokratischen Pflichten.

Kolleginnen und Kollegen,

unsere Botschaften nach Berlin sind eindeutig:

Deshalb: Meine Damen und Herren der Bundesregierung:

• Buhlen Sie nicht um das Vertrauen der Märkte, werben Sie um die Zustimmung der Menschen.

• Setzen Sie die Finanzmärkte - und nicht die Sozialstaaten unter Druck!

• Und machen Sie endlich ernst mit der Steuer auf Finanztransaktionen, um die Krisenverursacher an den Krisenkosten zu beteiligen!

Soviel Respekt vor der Verfassung wird man von einer gewählten Regierung doch wohl erwarten können!

Kolleginnen und Kollegen,

Die bisherige Politik führt Europa auf eine abschüssige Bahn.

• Steigende Selbstmordraten in Griechenland,

• 50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit in Spanien und anderswo,

• versuchte Enteignung der Kleinsparer in Zypern,

• und Eingriffe in die Tarifautonomie, Sozialabbau und Angriffe auf Gewerkschaftsrechte.

So sieht die Realität in Südeuropa aus.

Kein Zweifel:

Viele Probleme sind auch hausgemacht.

• wenn der von Regierung und Banken in Spanien erzeugte Immobilienboom zusammen bricht;

• wenn in Griechenland Vetternwirtschaft und Reichenschutz an der Tagesordnung sind;

• und wenn die politische Klasse Italiens nach der Wahl eine Komödie inszeniert, statt die Krise zu bekämpfen,

dann sollte man das nicht Europa in die Schuhe schieben.

Aber ich frage:

Warum sollen Beschäftigte, Rentner, Arbeitslose und vor allem die Jugend dafür büßen?

Durch Arbeitsplatzverluste, Lohnsenkung, Rentenklau und perspektivloser Arbeitslosigkeit.

Nein, Kolleginnen und Kollegen,

das ist nicht unser Europa.

Wir wollen kein neoliberales Europa des Kapitals und Eurokraten.

Wir brauchen einen radikalen Politikwechsel:

• Verschuldete Staaten müssen durch faire Zinsen und öffentliche Investitionen unterstützt werden;

• statt Sparprogrammen zu erzwingen müsse Wachstumsprogramme gefördert werden;

• Und die Bevölkerungen müssen bei grundlegenden Weichenstellungen befragt werden.

Ein soziales, gerechtes und demokratisches Europa – dafür sind wir angetreten und davon werden wir nicht lassen!

Und wenn die Menschen in Griechenland, Spanien, Portugal und anderswo in Europa dafür kämpfen, dann ist unser Platz an ihrer Seite.

Und es kann nichts schaden, dabei noch eine Schüppe drauf zu legen.

Kolleginnen und Kollegen,

gegenwärtig fährt der Zug in eine andere Richtung.

Hedgefonds und Investmentbanken zocken schon wieder mit Finanzprodukten, hinter denen keine Werte stehen – dafür umso mehr Profiterwartungen!

Vor allem Spekulationen mit Lebensmitteln, Trinkwasser und Rohstoffen ist in Mode gekommen.

Zugleich vertieft sich die Kluft zwischen Wohlstands- und Armutszonen.

Wir leben in einer Welt, in der die obersten 15 Prozent der Menschheit:

• 90 Prozent des Weltkonsums,

• 60 Prozent der Weltenergie,
• und gut 80 Prozent des Welteinkommens für sich beanspruchen.

Dem unteren Fünftel stehen gerade einmal

• 1,3 Prozent des globalen Konsums,
• 4 Prozent der Energie,
• und weniger als 3 Prozent des globalen Einkommens zur Verfügung.

Kolleginnen und Kollegen,

Ein „Imperium der Schande“ - so hat der Ex-UN-Berichterstatter Jean Ziegler diese Weltordnung genannt.

Und genau das ist sie: Ein Imperium der Schande!

Ich rufe in Erinnerung:

Der 1. Mai war stets auch der Tag der internationalen Solidarität.

Aber heute endet unser Blick zu oft am Gartenzaun der eigenen Sorgen.

Ja, es geht um den Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Demokratieabbau bei uns – selbstverständlich!

Aber es geht auch um die Überwindung einer Wirtschaftsordnung, die die Welt in Menschen mit und ohne Lebenschancen teilt.

Nicht Menschenwürde und internationale Solidarität, sondern dieser Finanz-Kapitalismus, der Menschen verachtet und die Natur zerstört, ist ein Irrtum der Geschichte.

Und deshalb wird es höchste Zeit, dass er von der historischen Bühne abtritt. Je früher – desto besser!

Auch das ist eine wichtige Botschaft unseres 1. Mai.

Kolleginnen und Kollegen,

wer die Welt in Ordnung bringen will, sollte zu Hause beginnen.

Anders als in vielen anderen Ländern Europas läuft die Wirtschaft in Deutschland gut.

Die Renditen sprudeln und die Vorstände haben sich bereits mit Millionen-Gehältern bedient.

Und was ist mit den Beschäftigten?

Die IG Metall fordert 5,5 Prozent mehr Einkommen, für Arbeiter, Angestellte und Auszubildende.

Wir wollen einen fairen Anteil an der steigenden Produktivität und etwas mehr Verteilungsgerechtigkeit.

Auf über 50 Mrd. Euro werden die diesjährigen Gewinne in der Metall- und Elektroindustrie geschätzt.

Viele Menschen in Europa blicken voller Hoffnung nach Deutschland.

Sie hoffen auf Signale der gewerkschaftlichen Stärke, der Stabilisierung der deutschen Binnenökonomie und eines Politikwechsels.

Bis heute haben wir bereits zahllose Verhandlungsrunden gedreht.

Es ist höchste Zeit für ein verhandlungsfähiges Angebot!

Was bisher auf dem Tisch liegt, verdient diese Bezeichnung jedenfalls nicht!

2,3 Prozent für dreizehn Monate und dabei zwei Null-Monate vorne weg!

Kolleginnen und Kollegen,

Das ist kein Angebot, das ist ein Witz!

Aber ein sauschlechter, über den wir nicht lachen können.

Aufs Jahr gerechnet käme nicht mal der Preisausgleich raus!

Und das bei den Gewinnen und der täglichen Arbeitsbelastung!

Kolleginnen und Kollegen!

Das wollen und das werden wir nicht zulassen!

Heute Nacht um Null Uhr endete die Friedenpflicht.

Das kann nur eines heißen

Warnstreiks – überall in der Republik!

Das ist die richtige Antwort auf die Provokation der Arbeitgeber.

Ich fordere Euch alle auf:

Unterstützt die warnstreikenden Metallerinnen und Metaller, zeigt Euch solidarisch!

Sie kämpfen für mehr Gerechtigkeit, sie kämpfen für uns alle!

Kolleginnen und Kollegen,

5, 5 Prozent mehr - das ist nicht nur fair und machbar, das ist auch gut angelegtes Geld.

Wenn unsere Löhne steigen dann steigen zugleich Kaufkraft, Sozialbeiträge und das Steueraufkommen.

Dann stabilisieren wir damit die Wirtschaft und den Sozialstaat.

Das ist nicht bei jedem der Fall – ich sage nur: Ulli Hoeneß!

Ich verspreche:

Ich füge der Causa Hoeneß keine neuen Spekulationen hinzu!

Ich sage nur: So was kommt von so was!

Den Arbeitnehmern zieht man die Steuer auf Heller und Pfennig ab, noch bevor sie ihre Lohnabrechnung zu Gesicht bekommen.

Aber auf die Vermögenden wartet ein intransparentes Steuerrecht, das mehr Steuerminderungsmöglichkeiten hat als der Schweizer Käse Löcher!

Die einen werden an der Quelle abkassiert, die anderen zum Missbrauch eingeladen.

Aber Kolleginnen und Kollegen,

wir möchten trotzdem nicht tauschen!

Aus einem einfachen Grund:

Wir können nachts noch gut schlafen.

Wir müssen nicht fürchten, dass am nächsten Morgen eine neue Steuer-CD aufgetaucht ist und unsere Konten in der Schweiz, in Luxemburg oder sonst wo aufgedeckt werden.

Wo nix ist, kann auch nix aufgedeckt werden.

Und deshalb sage ich:

Verschaffen wir auch den Reichen und Superreichen in Europa einen ruhigen Schlaf!

Durch ein einheitliches Steuerrecht, indem hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften endlich erfasst und angemessen besteuert werden.

Und in dem die einladenden Steuerschlupflöcher gestopft werden.

Das nimmt den Reichen viel Stress und bringt Geld für dringende gesellschaftliche Aufgaben.

Das nenne ich eine Win-win-Situation, ein Spiel mit zwei Gewinnern, das uns so richtig gefällt!

Kolleginnen und Kollegen!

Auch auf dem Arbeitsmarkt ist längst nicht alles Gold was glänzt.

Wo neue Arbeitsplätze entstehen, da sind sie oft befristet, unsicher und schlecht bezahlt.

Vor allem Berufseinsteiger werden in unsichere Beschäftigungsketten abgedrängt.

Arbeit war einst Quelle von Wohlstand für Viele.

Heute ist sie Quelle von Armut für immer mehr:

• 8 Millionen Menschen arbeiten im Niedriglohnsektor! Löhne von 3, 4 oder 5 Euro sind keine Seltenheit in Deutschland!

• Immer mehr Menschen beziehen Hartz IV – trotz Arbeit.

• Und Leiharbeit, Werkverträge und Befristungen legen zu.

Das kann, das darf so nicht weiter gehen.

Ich frage:

Wie sollen junge Menschen ihr Leben aufbauen, wenn alles unsicher ist?

Wie sollen sie eine Familie gründen, wenn ihnen die Angst vor dem Arbeitsplatzverlust im Nacken sitzt?

Wer keine feste Beschäftigung vorweisen kann, der kriegt doch nicht mal einen Kredit bei der Sparkasse!

Nein, Lohndumping, prekäre Arbeit und Sozialabbau sind keine Merkmale einer modernen Wirtschaft.

Sie sind ein sozialstaatlicher Skandal.

Deshalb:

• Schluss mit den Zwei-Klassen-Belegschaften in den Betrieben; die Klassenspaltung zwischen Kapital und Arbeit ist mehr als genug!

• Gleiche Arbeit – Gleiche Rechte – Gleiches Geld!

• Und her mit gesetzlichen Mindestlöhnen!

Der Lohn muss zum Leben reichen, alles andere ist würdelos.

Das, und nichts anderes, taugt als Leitlinie für eine solidarische Gesellschaft!

Kolleginnen und Kollegen,

In Hochglanzbroschüren wird oft das Bild von der modernen, heilen Arbeitswelt gemalt:

mit jungen, gesunden Menschen - bis unter die Haarspitzen motiviert.

Doch für die Mehrheit von uns sieht der Arbeitsalltag doch etwas anders aus:

Arbeitsverdichtung, Stress und Arbeitshetze sind Alltag in Werkstätten, Fabrikhallen und Büros.

Burnout droht zur Volkskrankheit des 21. Jahrhundert zu werden!

Kolleginnen und Kollegen!

Ja, ich weiß: Der globale Wettbewerbsdruck ist gnadenlos.

Doch der Hochleistungs-Kapitalismus sollte es mit Raubbau an der Gesundheit der Menschen nicht übertreiben.

Das Recht auf Gesundheit ist kein Luxusgut für wirtschaftliche Schönwetterperioden!

Es ist ein Menschenrecht – egal, wo die Konjunktur steht!

Und Menschenrechte gelten doch wohl auch im Betrieb!

Und wenn das nicht der Fall ist, dann ist das unser Job, dafür zu sorgen, dass sich das ändert!

Und diesen Job werden wir erledigen!

Kolleginnen und Kollegen!

Vergessen wir die arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen nicht!

Hartz IV hat versagt!

Es hat nicht Beschäftigung gefördert – aber Armut, Niedriglöhne und rechtlose Arbeit.

Das belegt die Explosion der prekären Beschäftigung und des Niedriglohnsektors.

Der neue Rekord bei den Sanktionen gegen Erwerbslose ist kein Gegenbeweis, sondern ein Beleg für eine falsche Politik.

Kolleginnen und Kollegen,

damit können und wollen wir uns nicht abfinden.

Arbeitslose haben ihren Job verloren, nicht ihre sozialen Bürgerrechte!

Wir fordern Leistungen, von denen man leben kann.

Und wir sagen: Weg mit Zumutbarkeitsregeln, die Arbeitslose in prekäre Arbeit ohne Rechte zwingen können.

Auch Arbeitslose haben ein Recht auf geschützte Beschäftigung!

Alles andere ist Willkür – und das passt nicht zu einem solidarischen Sozialstaat!

Kolleginnen und Kollegen!

Auch in der Alterssicherung brauchen wir eine Kurskorrektur.

Rentenkürzungen, Riesterrente und „Rente ab 67“ – das waren die traurigen Höhepunkte der Rentenpolitik selbsternannter Demographie-Experten.

Und heute phantasieren sie schon von der Rente mit 69 oder 70.

Diese Politik sichert nicht unsere Renten; sie treibt der privaten Versicherungswirtschaft die Hasen in die Küche.

Ich kann den rentenpolitischen Schreibtischtätern nur empfehlen:

„Schauen Sie nicht auf Statistiken, gehen Sie in die Betriebe und Verwaltungen.

Die schöne neue Arbeitswelt für die Alten ist eine Fata Morgana!“

Nicht mehr ältere Beschäftigte, sondern mehr ältere Arbeitslose und gekürzte Renten – das sind Folgen höherer Altersgrenzen!

Und deshalb, wir bleiben dabei:

Die „Rente mit 67“ ist eine grandiose Fehlentscheidung in der Geschichte der Sozialpolitik.

Sie fördert Arbeitslosigkeit und Altersarmut.

Flexible Ausstiegsoptionen statt Rente ab 67 – das ist unsere Ziel.

Und die „Rente ab 67“ – die muss weg!

Kolleginnen und Kollegen,

und lassen wir uns nicht erzählen, das sei nicht bezahlbar.

Wir fordern den Aufbau einer Finanzreserve in guten Zeiten, um die Renten einer älter werdenden Gesellschaft zu finanzieren.

Und wir fordern: Eine Solidarsystem für alle!

Alle zahlen ein in die gesetzliche Rentenversicherung und alle erhalten Leistungen.

Das stabilisiert auf Jahrzehnte die Rentenkassen – und vor allem: es ist ein Gebot der Gerechtigkeit und Solidarität!

Und das ist allemal besser als den Finanzmärkten auch noch unsere Alterssicherung auszuliefern.

Kolleginnen und Kollegen!

Solidarität und Sicherheit sind Stützen einer sozialen - und einer demokratischen Gesellschaft.

Wo sie wanken, geraten Demokratie und Toleranz in Gefahr.

Das hat uns die Geschichte gelehrt.

Morgen, am 2. Mai 2013, jährt sich zum 80sten Mal die Besetzung und Enteignung der Gewerkschaftshäuser durch die Nazi-Faschisten.

Es war der Tag, an dem alle Illusionen über den herannahenden Faschismus platzten.

Versuche der Anpassung, der Beschwichtigung oder der Verharmlosung hatten sich als katastrophale Fehlorientierungen erwiesen.

Die Folgen sind bekannt:

Dem Terror gegen mutige Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter und andere Nazigegner folgte die Zerschlagung der Demokratie.

Und am Ende verwüsteten Völkermord, Krieg und Unmenschlichkeit Europa und andere Teile der Welt.

Es gehörte zum kollektiven Gedächtnis ganzer Gewerkschaftsgenerationen, dass politische Ausgrenzungen und ideologische Spaltungen nie wieder den Widerstand der Demokratie gegen braune Gefahren schwächen dürfen.

Und heute?

Immer wieder suchen Nazi-Aktivisten hier ihre Chancen.

Sie wollen auf der Flamme sozialer Zukunftsängste ihre braune Suppe kochen.

Und Parteien wie die NPD genießen die Demonstrationsfreiheit und finanzieren ihr rechtes Treiben aus der Wahlkampfkostenerstattung.

Kolleginnen und Kollegen, wir wissen:

Den Sieg über den alten und neuen Faschismus muss in den Köpfen gewonnen werden.

Viele Aktivisten haben Springerstiefel und Bomberjacken gegen feinen Zwirn getauscht.

Viele verbergen ihre brutale Botschaft hinter geschliffener Rhetorik.

Sie präsentieren sich als Kämpfer für soziale Gerechtigkeit und als Anwälte der Resignierten.

Entlarven wir ihre Lügen!

Nazis sind keine Sozialarbeiter!

Und Faschismus hat so wenig mit sozialer Gerechtigkeit zu tun wie Auschwitz mit freier Arbeit!

Wir sagen:

Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Wir sagen Nein zu Menschenverachtung und Hetze gegen Minderheiten.

Und wir sagen Ja:

• zu freien, starken Gewerkschaften,

• zu Toleranz und Pluralismus,

• und zu einer sozialen Demokratie, in der Gerechtigkeit und Menschenwürde keine leeren Phrasen sind.

Das sind wir den Menschen schuldig, die in Vergangenheit und Gegenwart unter Faschismus und Intoleranz leiden – und diesen Auftrag nehmen wir an!

Kolleginnen und Kollegen!

Die Zeiten sind schwierig, für wichtige Ziele gilt es zu streiten:

Für Gute Arbeit, gesellschaftliche Solidarität und soziale Demokratie!

Herkules-Aufgaben allesamt!

Manchmal fragt man sich: Wer soll das alles durchsetzen, wer hat die Kraft und den Mut?

Darauf gibt es nur eine Antwort: Wir!

Eine soziale Bewegung, ein breites Mosaik-Bündnis der Solidarität.

Diesen Kampf werden wir führen müssen, den wird uns keiner abnehmen.

Dabei habe ich eine Hoffnung.

Vielleicht wächst in diesen Kämpfen ja auch die Erinnerung daran, dass wir als Gewerkschaftsbewegung einmal für ein weitergehendes Ziel angetreten sind.

Eine Gesellschaft, in der Solidarität und Humanität nicht immer wieder gegen die Profit- und Machtinteressen gesellschaftlicher Minderheiten durchgekämpft werden müssen.

Eine Gesellschaft jenseits der Zwänge des heutigen Finanzmarkt-Kapitalismus.

Für dieses Ansinnen ist die Arbeiterbewegung einst angetreten.

Ein altes Ansinnen, aber zugleich das aktuellste, das ich kenne.

Also: Auf geht’s!

Es lebe der 1. Mai!